

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
II/01	S0017/17	31.01.2017
zum/zur		
F0239/16 – Fraktion DIE LINKE/future! Stadtrat Jannack		
Bezeichnung		
Strategie und Finanzierungsideen für den Öffentlichen Personennahverkehr		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		14.02.2017

Der MDV hat in dieser Woche eine neue Strategie und Finanzierungsideen für den Öffentlichen Personennahverkehr vorgestellt.

Daher frage ich:

1. Hat der Verkehrsverbund *marego* bzw. die MVB ähnliche alternative Finanzierungskonzepte für den öffentlichen Nahverkehr entwickelt?
2. Wie bewerten die Stadtverwaltung und die Geschäftsführung der MVB die einzelnen vom MDV vorgestellten Finanzierungsmodelle (Flächenbezogener ÖPNV-Beitrag, Arbeitgeberbeitrag, ÖPNV-Beitrag in Verbindung mit neuem ÖPNV-Angebot, Grundsteuer und Kreisumlage, Bürgerticket, ÖPNV-Taxe)?
3. Welche Schlüsse hat die MVB aus der gemeinsamen Veranstaltung der Stadtratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE zum Thema „Fahrscheinfreier ÖPNV, ‚Bürgerticket & Co.“ im November des vergangenen Jahres, bei der die Geschäftsführerin – wie auch Herr Faber vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (VDV) - nicht nur Gast, sondern Referentin war, gezogen?

Stellungnahme:

Zu Frage 1:

Die Prüfaufgabe des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV) bezog sich auf ergänzende Finanzierungskonzepte für den ÖPNV. Durch die MVB bzw. den Verkehrsverbund marego sind keine Konzepte erstellt worden.

Zu Frage 2:

Gemäß § 8 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPNVG LSA) ist der ÖPNV grundsätzlich durch Fahrgelderlöse zu finanzieren, darüber hinaus sind Zuwendungen an Verkehrsunternehmen als Ausgleich für die Erfüllung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zulässig. Die Finanzierung des ÖPNV in der Landeshauptstadt Magdeburg erfolgt dementsprechend derzeit durch Fahrgelderlöse und durch Zuschüsse seitens des Landes sowie aus dem städtischen Haushalt.

Die seitens des MDV untersuchten alternativen Finanzierungswege stellen Neuland dar. Ihre Umsetzung ist z. T. rechtlich umstritten, z. B. hinsichtlich einer diskutierten Beteiligung von Grundstückseigentümern an den ÖPNV-Kosten. Sofern zusätzliche Belastungen entstünden,

könnte dies bei einer punktuellen Einführung in einigen Kommunen bzw. Landkreisen möglicherweise zu negativen Auswirkungen auf die Standortattraktivität führen.

Im Falle von angedachten Umverteilungen bei der ÖPNV-Finanzierung müssten zahlreiche Aspekte bei der politischen Entscheidungsfindung berücksichtigt werden, u. a. wichtige soziale Aspekte und Fragen einer „gerechten“ Kostenbeteiligung auch hinsichtlich der Nutzungsmöglichkeiten, die sich je nach Wohnstandort bzw. Arbeitsplatzstandort durch verschiedene Erschließungs- und Angebotsqualitäten gravierend unterscheiden können.

Über eine Umsetzung entscheidet nicht das Verkehrsunternehmen sondern die politischen Gremien in den Kommunen und im Land. Seitens des Aufgabenträgers Magdeburg gibt es keine Überlegungen bezüglich der Einführung veränderter Finanzierungsmodelle für Bus und Bahn.

Zu Frage 3:

Die Veranstaltung bot eine Plattform, um eine alternative Finanzierungsvariante für den ÖPNV zu diskutieren. Der ÖPNV benötigt auch weiterhin eine gesicherte Finanzierung. Hier sind verschiedene Varianten denkbar. Ziel muss es jedoch sein, dass die Finanzierung für den ÖPNV gesichert, sozial und praktikabel ist. Die Entscheidung liegt bei den politischen Gremien.

Zimmermann